



Industriepolitischer Forderungskatalog

der Landesfachkommission
Industrieller Mittelstand NRW

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Sichere, bezahlbare und resiliente Energieversorgung als Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Wertschöpfung

Ausgangslage: Akute Gefährdung des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist das industrielle Zentrum Deutschlands: Rund 1,5 Millionen Beschäftigte arbeiten im verarbeitenden Gewerbe des Landes, fast jeder fünfte Industriearbeitsplatz Deutschlands befindet sich in NRW. Der industrielle Mittelstand prägt dabei die Struktur: Mittelständische Unternehmen stellen den überwiegenden Teil der Betriebe und sichern einen erheblichen Anteil der industriellen Wertschöpfung. Gleichzeitig steht dieser Kern der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen massiv unter Druck. Die Industrieproduktion ist bundesweit bereits seit 2018 deutlich zurückgegangen; insbesondere Investitions- und Vorleistungsgüterindustrien – zentrale Säulen in unserem Land – leiden unter Auftragsrückgängen, Investitionszurückhaltung und zunehmend schwierigen, international immer weniger wettbewerbsfähigen Standortbedingungen.

Hinzu kommen dauerhaft hohe Energiepreise: Der durchschnittliche Strompreis für kleine und mittlere Industriebetriebe liegt 2026 trotz leichter Entspannung weiterhin bei rund 18–20 ct/kWh und damit deutlich über dem Vorkrisenniveau; beim Erdgas liegen die Preise trotz Rückgangs im Großhandel weiterhin etwa doppelt so hoch wie vor 2021. Fehlende Planungssicherheit, zunehmende regulatorische Komplexität sowie geopolitische Risiken verstärken den Druck zusätzlich. Seit 2020 fehlen deutschlandweit bereits über 200 Mrd. Euro an Industrieinvestitionen – ein großer Teil davon in industriestarken Regionen wie Nordrhein-Westfalen.

Die Störungen globaler Energie-, Rohstoff- und Lieferketten sowie die Übersteuerung in der Energiewende treffen ganze Wertschöpfungsnetzwerke im industriellen Mittelstand. Ohne sofortiges Gegensteuern verlieren wir nicht nur Wettbewerbsfähigkeit – wir verlieren unseren industriellen Kern.

Was politisch als Transformation beschrieben wird, wird im Mittelstand zunehmend als Deindustrialisierung in Echtzeit wahrgenommen.

Leitprinzipien: Realismus, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gleichrangig verfolgt werden. Einseitige Zielsetzungen ohne Berücksichtigung von Systemkosten und internationaler Wettbewerbsfähigkeit gefährden den Standort. Für den industriellen Mittelstand ist Planungssicherheit entscheidend – ohne sie wird Transformation zur Illusion. Erforderlich ist ein klarer ordnungspolitischer Rahmen, der auf ausreichendem Energieangebot, einer ausgewogenen Technologiemischung, deutlich gestärkten Speicher- und Flexibilitätslösungen sowie Systemeffizienz basiert und wirtschaftlich tragfähige Lösungen ermöglicht.

Zur notwendigen Erneuerung des ordnungspolitischen Rahmens zählen aus Sicht des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen folgende Maßnahmen:

1. Energieangebot und Versorgungssicherheit konsequent stärken

Die aktuelle Preis- und Risikolage ist wesentlich Folge eines zu knappen Energieangebots. Der Rückbau gesicherter Kapazitäten bei gleichzeitig verzögertem Aufbau neuer steuerbarer Leistung hat den Markt strukturell geschwächt. Weitere Stilllegungen dürfen erst erfolgen, wenn tatsächlich gleichwertiger Ersatz verfügbar ist. Gas- und Kohlekapazitäten können in dieser Phase einen Beitrag zur Absicherung der Versorgung leisten, dürfen jedoch keine dauerhafte Rückkehr zu fossilen Pfadabhängigkeiten begründen. Gleichmaßen darf die flächendeckende Erdgasversorgung erst dann zurückgefahren werden, wenn ausreichend alternative molekulare Energieträger zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sind. Nur so bleiben industrielle Wärmebehandlungsprozesse dauerhaft in Nordrhein-Westfalen darstellbar und erhalten die notwendige Planungssicherheit. Der Aufbau neuer, perspektivisch klimaneutral betreibbarer Gaskraftwerke muss beschleunigt, der Kohleausstieg unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit und Preiswirkungen überprüft und zugleich der Hochlauf von Speichertechnologien, Lastmanagement und dezentralen Flexibilitätsoptionen prioritär vorangetrieben werden. Versorgungssicherheit ist heute eine unmittelbare Voraussetzung wirtschaftlicher Stabilität.

2. Strommarktdesign neu ausrichten: Mehr Angebot statt Subventionen

Die bestehenden Entlastungsinstrumente sind zu komplex, zu spät wirksam und in ihrer Wirkung zu gering. Sie lösen nicht das strukturelle Problem hoher Energiepreise. Die größte Gefahr sind nicht nur hohe Preise, sondern der daraus folgende Verlust der industriellen Basis. Ein zukunftsfähiges Strommarktdesign muss daher auf ein ausreichendes, verlässliches Angebot setzen, Preisspitzen strukturell begrenzen und Systemkosten reduzieren. Es muss industriellen Verbrauchern aller Größenklassen die Beschaffung von Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ermöglichen. Power Purchase Agreements können für einzelne größere Abnehmer ein Instrument sein, sind aber aufgrund fehlender Downsize-Skalierbarkeit für viele mittelständische Unternehmen bislang nur eingeschränkt

nutzbar. Wenn langfristige Großabnahmeverträge günstige Energiemengen dem breiten Markt entziehen, ohne zugleich mittelstandstaugliche Zugänge zu schaffen, verschärft dies die Wettbewerbsnachteile kleinerer und mittlerer industrieller Verbraucher. Kurzfristige Maßnahmen können unterstützen, ersetzen aber keine grundlegende Reform.

3. Netzreserve und Kapazitätsmanagement kurzfristig nutzen

In der aktuellen Lage müssen vorhandene Kapazitäten konsequent genutzt werden. Die Netzreserve ist verfügbar und kurzfristig einsetzbar. Sie kann zur Stabilisierung von Preisen und Versorgung beitragen. Es ist nicht vermittelbar, gleichzeitig über hohe Preise zu klagen und verfügbare Kapazitäten ungenutzt zu lassen. Die Situation zeigt deutlich: Es fehlt nicht an Lösungen, sondern an deren konsequenter Umsetzung.

4. Flexibilität und Speicher praxistauglich integrieren

Flexibilität und Speicher sind zentrale Bausteine eines stabilen Energiesystems und müssen praktikabel, wirtschaftlich sowie investierbar ausgestaltet werden. Der Einsatz von Speichern, betrieblichem Lastmanagement und vorhandenen Flexibilitäten erfordert klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Investitionen sollten vorrangig dort angereizt werden, wo sie Versorgungssicherheit erhöhen, Netzengpässe reduzieren und industrielle Prozesse stabilisieren. Die Dynamisierung der Netzentgelte ist grundsätzlich sinnvoll, darf jedoch nicht zu zusätzlicher Unsicherheit führen. Ohne faire Kostenverteilung und klare Regeln wird Flexibilität zur Belastung statt zum Wettbewerbsvorteil.

5. Regionale Nutzung von Stromüberschüssen ermöglichen

Die Nutzung lokaler Stromüberschüsse bietet erhebliches Potenzial, ist derzeit jedoch durch regulatorische Hürden und Unsicherheiten eingeschränkt. Für den industriellen Mittelstand sind entsprechende Modelle oft nicht wirtschaftlich umsetzbar. Erforderlich sind klare rechtliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und gezielte Unterstützung für Speicherlösungen. Ergänzend sollten kommunale und regionale Versorgungslösungen – etwa Energieverbünde, Quartiers- und Standortnetze sowie rechtssichere Modelle zur direkten Nutzung lokal erzeugter Energie – erleichtert werden. Ziel ist eine robustere, dezentrale Versorgung, die Netzengpässe reduziert und industrielle Grundlasten absichert, ohne den Vorrang der Daseinsvorsorge für private Haushalte grundsätzlich infrage zu stellen. Nur so können vorhandene Effizienzpotenziale tatsächlich genutzt werden.

6. Erneuerbare Energien systemdienlich weiterentwickeln

Erneuerbare Energien sind zentral für die Energieversorgung der Zukunft, müssen jedoch stärker systemdienlich und dezentral integriert werden. Ein rein mengenorientierter Ausbau ohne

Abstimmung mit Nachfrage, Netzen, Speichern und industriellen Lastprofilen führt zu steigenden Systemkosten ohne ausreichenden Nutzen für Versorgungssicherheit oder Preise. Ausbauziele müssen realistischer ausgestaltet und Erzeugung und Verbrauch besser synchronisiert werden. Kommunale und regionale Energieverbünde, lokale Speicher sowie rechtssichere Modelle zur Versorgung industrieller Standorte können dazu beitragen, Engpässe zu reduzieren und Versorgungssicherheit vor Ort zu erhöhen, ohne Haushalte und Unternehmen gegeneinander auszuspielen. So lassen sich Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz besser verbinden.

7. Technologieoffenheit und wettbewerbsfähige Klimapolitik sicherstellen

Die Transformation erfordert eine ausgewogene Technologiemischung, die sich an Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und tatsächlicher Emissionsminderung orientiert. Offenheit für Innovation darf nicht als Vorwand für ein Zurück in fossile Strukturen oder für unrealistische Zukunftsversprechen missverstanden werden. Entscheidend sind marktfähige, skalierbare und zeitnah wirksame Lösungen. Langfristige Optionen wie Kernfusion können Forschungsperspektiven eröffnen, lösen jedoch nicht die aktuellen Standortprobleme. Gleichzeitig müssen nationale Sonderwege vermieden werden, die zu Wettbewerbsnachteilen führen. Klimaschutz ohne wirtschaftliche Tragfähigkeit ist nicht nachhaltig und ohne industrielle Basis nicht finanzierbar.

8. CO₂-Bepreisung wettbewerbsfähig ausgestalten

Die CO₂-Bepreisung belastet den industriellen Mittelstand einseitig und schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Nationale Zusatzbelastungen müssen an internationale Rahmenbedingungen angepasst und bestehende Ausgleichsmechanismen überprüft werden. Der Schutz vor Carbon Leakage muss die gesamte industrielle Wertschöpfungskette erfassen. Dies gilt insbesondere für den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM): Er darf nicht allein energieintensive Vorprodukte wie Stahl adressieren, sondern muss auch die überwiegend mittelständischen Weiterverarbeiter einbeziehen. Metallverarbeiter in Nordrhein-Westfalen tragen hohe, durch die europäische CO₂-Regulierung verursachte Einkaufspreise, verfügen aber bislang nicht über vergleichbare Schutzmechanismen wie Teile der Grundstoffindustrie. Ohne Erweiterung des Schutzbereichs droht die Verlagerung der Fertigung von Metallerzeugnissen in Länder mit geringeren oder keinen CO₂-Kosten. Ziel muss eine wirksame, aber standortverträgliche Ausgestaltung sein, die Klimaziele unterstützt, ohne industrielle Wertschöpfung und mittelständische Zulieferketten zu gefährden.

9. Bürokratie konsequent abbauen

Übermäßige Bürokratie bindet im industriellen Mittelstand Zeit und Ressourcen und behindert Wertschöpfung. Umfang und Komplexität der Vorgaben erreichen in vielen Bereichen ein Ausmaß, das mittelständische Unternehmen bei der Umsetzung zunehmend überfordert und Nachfolgeregelungen unverhältnismäßig erschwert. Komplexe Vorgaben, lange Verfahren und uneinheitliche Zuständigkeiten müssen reduziert werden. Erforderlich sind klarere Regeln, digitalisierte Abläufe und

schnellere Entscheidungen. Bürokratie darf dem Mittelstand keine Arbeits- und Denkweise aufzwingen, die für Großunternehmen typisch ist und kleine sowie mittlere Betriebe strukturell benachteiligt. Der Mittelstand verliert dadurch einen wichtigen Wettbewerbsvorteil – und Deutschland ein strukturelles Alleinstellungsmerkmal. Nur durch konsequenten Bürokratieabbau können Unternehmen sich wieder stärker auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

10. Energie- und Infrastrukturausbau investierbar machen

Der Umbau der Energieversorgung und der Ausbau von Netzen, Speichern, dezentralen Versorgungslösungen und gesicherter Leistung erfordern hohe, langfristige Investitionen. Für den industriellen Mittelstand sind diese aufgrund unsicherer energiepolitischer Vorgaben, langer Genehmigungsverfahren und hoher Regulierungsrisiken häufig nicht wirtschaftlich darstellbar. Notwendig sind verlässliche Rahmenbedingungen, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie investitionsfreundliche Vorgaben, um private Mittel gezielt für Energie- und Infrastrukturprojekte zu mobilisieren. Ein besonderer Fokus sollte auf Speichertechnologien, kommunalen bzw. regionalen Energieverbünden und digitalem Kapazitätsmanagement liegen. Ohne investierbare Strukturen drohen Engpässe, steigende Systemkosten und weitere Wettbewerbsnachteile für den Industriestandort NRW.

Fazit: Jetzt handeln – industrielle Substanz in Nordrhein-Westfalen sichern

Nordrhein-Westfalen steht an einem energie- und industriepolitischen Wendepunkt. Die Herausforderungen sind bekannt – entscheidend ist jetzt die Umsetzung. Es braucht mehr gesicherte Energie, weniger strukturelle Kosten, klare Rahmenbedingungen und konsequente Entlastung der Unternehmen. Ohne diese Maßnahmen droht ein nachhaltiger Verlust industrieller Substanz. Versorgungssicherheit ist heute die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, industrielle Wertschöpfung und gesellschaftlichen Wohlstand.

Düsseldorf, im Juli 2026

Landesfachkommission Industrieller Mittelstand NRW
Wirtschaftsrat der CDU e.V. Nordrhein-Westfalen